

# FORUM

Zeitschrift  
für Politik, Arbeit & Kultur  
der SP Uster

[www.forumonline.ch](http://www.forumonline.ch)

Nr. 235

Mai 2008

## Legislaturhalbzeit: Eine erste Bilanz der SP





**A**nfang des letzten Jahrhunderts schrieb der deutsche Soziologe Max Weber: «Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmass zugleich.» Seit zwei Jahren bohren neue Leute in Stadt- und Gemeinderat an den harten Brettern der Ustermer Politik, denn vor zwei Jahren bestellten die

Ustermer Stimmberechtigten Parlament und Stadtregierung neu. Und in zwei Jahren werden sie es wieder tun und dabei darauf abstellen, ob und wie die Parteien ihren Wahlversprechen nachgekommen sind. Aus Anlass der Legislaturhalbezeit ziehen in dieser FORUM-Nummer drei ExponentInnen der SP Uster aus ihrer Sicht eine kleine Bilanz.

**F**ür die politische Bilanz der Gemeinderatsfraktion ist SP-Fraktionspräsident Balthasar Thalmann zuständig: Er zeigt auf, wo die SP Uster in den letzten zwei Jahre wichtige Erfolge feiern konnte und wo sie für ihre Anliegen keine Mehrheiten fand. Gleichzeitig blickt er auch nach vorne auf die zweite Hälfte der Legislatur und sagt, wo «die Stadtpartei» Schwerpunkte setzen will (Seite 3). Der neugewählte Stadtpräsident Martin Bornhauser berichtet, wie er sein neues Amt angepackt hat, was ihm darin Freude bereitet, was ihn ärgert, und weshalb das Stadtpräsidium, bei aller Belastung sehr befriedigend ist (Seite 4). Claudia Geisenberger schliesslich wurde vor zwei Jahren überraschend in den Gemeinderat gewählt und schildert, wie sie ihren Einzug ins Parlament erlebt hat, warum sie die Kommunalpolitik für so wichtig hält und weshalb sie sich entschieden hat, in einem Jahr das Präsidium des Gemeinderates zu übernehmen (Seite 5). Weiter erklären wir, wie der Ustermer Gemeinderat funktioniert (Seite 6), und zeigen, wer in den letzten Monaten neu zur SP-Fraktion gestossen ist (Seite 7).

**F**ür die Politik, so Max Weber, brauche es Leidenschaft und Augenmass. Und es braucht Ausdauer. Die Mühlen der Schweizer Politik mahlen langsam, auch auf kommunaler Ebene. Manchmal möchte man fast verzweifeln, weil man kaum Fortschritte sieht. Umso befriedigender ist es, wenn es dann nach langem Kampf doch gelingt, einem wichtigen Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen. Zwei Beispiele dazu: Bereits 1997 hatte die SP mit einem Vorstoss im Gemeinderat erstmals die ausserfamiliäre Betreuung zum Thema gemacht. Doch es brauchte zehn Jahre harte Arbeit, um zum Erfolg zu kommen: 2008 werden nun endlich flächendeckend Tagesstrukturen an der Ustermer Schulen eingeführt. 1999 verlangte die SP-Fraktion die Einführung von Schulsozialarbeit an den Ustermer Schulen, doch ein erster Anlauf scheiterte am Widerstand der bürgerlichen Seite. 2007 gelang es dann aber immerhin die Schulsozialarbeit an der Sekundarschule einzuführen. Ohne den ständigen Einsatz, das ständige Nachbohren von SP-SchulpflegerInnen und SP-GemeinderätInnen wären diese Anliegen wohl auch heute noch pendent.

**A**ber wie sagt doch ein anderes Sprichwort so schön: *Nöd lugg la gwünnt.* Die SP Uster, darauf können Sie sich verlassen, wird auch in Zukunft nöd lugg la und weiter mit Leidenschaft, Augenmass und Ausdauer die lokalpolitischen Bretter bohren.

Viele Erfolge, einige Niederlagen – vor allem aber viel zu tun	3
Die Bilanz des SP-Fraktionspräsidenten zur Legislaturhalbezeit Von Balthasar Thalmann, Gemeinderat Uster	
Hart und herausfordernd, aber befriedigend	4
Eine persönliche Bilanz des Stadtpräsidenten zur Legislaturhalbezeit Von Martin Bornhauser, Stadtpräsident	
Mit allen Bereichen des Lebens konfrontiert	5
Die Bilanz einer Erstgewählten zur Legislaturhalbezeit Von Claudia Geisenberger, Gemeinderätin	
So funktioniert der Gemeinderat von Uster	6
Ein FORUM-Service: Was man über den Gemeinderat wissen sollte Von Stefan Feldmann, Gemeinderat	
Neue Köpfe in der SP-Gemeinderatsfraktion	7
Wer ging und wer hat wen ersetzt und Balz Thalmann ist neuer Fraktionspräsident	
Nein zur Zweiklassenmedizin	8
Eidgenössische Abstimmung zu einem Verfassungsartikel Von Jaqueline Fehr, Nationalrätin, Winterthur	
Kein Platz für Willkür und Diskriminierung	9
Eidgenössische Abstimmung zur Einbürgerungsinitiative Von Martin Siegenthaler	
Nicht nur zur Sache, auch zu den Menschen reden	10
Das «P.S.»-Interview mit Stefan Feldmann, dem neuen Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich	
Veranstaltungskalender	12

## IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

www.forumonline.ch

Herausgeberin:	Sozialdemokratische Partei
Anschrift:	FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage:	9'600 Exemplare
Abonnement:	für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf PC 80 – 13431 – 8
Redaktion:	Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredri Gut, Rolf Murbach
Layout:	Ewald Feldmann
Vertrieb:	Martin Zwyssig
Druck:	Ropress Zürich
Erscheinungsweise:	viermal im Jahr

Legislaturhalbzeit: Bilanz des SP-Fraktionspräsidenten

# Viele Erfolge, einige Niederlagen – vor allem aber viel zu tun

**Anfang Mai war Halbzeit in der laufenden Legislaturperiode. Zeit also, eine erste Bilanz zu ziehen: Wo hat die SP Uster in den vergangenen beiden Jahren etwas bewegen können? Wo musste sie Niederlagen einstecken? Mit der neuen Bibliothek den Tagesstrukturen und der 2000-Watt-Gesellschaft im Entwicklungsgebiet Eschenbüel konnte die SP einige Erfolge feiern. Dennoch bleibt in den nächsten zwei Jahren noch viel zu tun: Beispielsweise bei der Einführung von Tempo 30 in den Wohnquartieren oder der Realisation einer Kulturraumpolitik.**

Von Balthasar Thalmann,  
Präsident SP-Gemeinderatsfraktion

Erst vor wenigen Wochen konnte die erweiterte Stadtbibliothek ihre Tore öffnen. Trotz dem Entschluss, die Bibliothek nicht – wie wir es ursprünglich wollten – in den Kern Nord zu verlegen, ist die realisierte Lösung dennoch eine sehr gute. Es ist ein Verdienst der SP und vor allem unseres Stadtpräsidenten, dass im Gemeinderat eine deutliche Mehrheit für das Projekt gefunden werden konnte.

Der zweite grosse Erfolg der SP war die deutliche Zustimmung der Stimmberechtigten zur Einführung von flächendeckenden Tagesstrukturen in der Primarschule. Auf das Schuljahr 2008/09 wird damit endlich eine alte Forderung erfüllt, für die die SP Uster seit zehn Jahren gekämpft hat. Nicht lockerlassen gewinnt...

Ein weiteres Highlight der ersten beiden Ratsjahre war die Verabschiedung der Grundsätze zur Gebietsentwicklung Eschenbüel. Wir stellten den Antrag, dass die Entwicklung dieses 15 Hektar grossen Gebiets nach den Prinzipien der 2000-Watt-Gesellschaft geschehen soll. Nach anfänglichem Widerstand von bürgerlicher Seite und einer Diskussion über mehrere Monate stimmte der Rat dem Antrag am Ende aber doch zu.

Jugend- und Altersfragen angehen

Aber natürlich konnten wir im Gemeinderat – der noch immer über eine knappe bürgerliche Mehrheit verfügt – nicht nur Erfolge verzeichnen. Beispiel 1: Die Einführung der Fachstellen für Jugend und für Alter ist dringend – leider wurden diese wieder aus dem Budget 2008 ge-



*SP-Fraktionspräsident Balthasar Thalmann:  
«Wir werden auch inskünftig für die Zukunft Usters arbeiten.»*

strichen. Die Stadt wird in den kommenden Jahren aber mit grossen Herausforderungen im Zusammenhang mit jungen und älteren Menschen konfrontiert sein, die sie besser professionell angeht. Beispiel 2: Mit einer Motion forderten wir anfangs dieses Jahres eine umfassende Zentrumsplanung. Sie fand knapp keine Mehrheit. Alle reden von einem attraktiven Zentrum, doch die bürgerliche Ratsseite legt lieber die Hände in den Schooss, als ihren Worten auch Taten folgen zu lassen. Beispiel 3: Nur wenig fehlte auch für die Überweisung eines Postulats, mit dem wir anregten, die Einführung eines Ausländerbeirats zu prüfen. Damit sollte der Bevölkerungsgruppe ohne Schweizerpass ein Mitwirkungsrecht erhalten und der Stadtrat könnte seinerseits die Erwartungen der Stadt an AusländerInnen formulieren.

Für die Zukunft gewappnet sein

Der SP-Fraktion geht natürlich die Arbeit auch in der zweiten Hälfte der Legislatur nicht aus: Zuoberst auf der Agenda steht die flächendeckende Einführung von Tempo 30. Das Konzept sollte noch dieses Jahr dem Gemeinderat vorgelegt werden. Auch werden wir uns vehement für die Einführung der Fachstellen für Jugend und für

Alter einsetzen. Dem Budget 2009 können wir nur zustimmen, falls diese darin vorgesehen sind.

Die Stadt Uster möchte sich als familienfreundliche Stadt profilieren. Was brauchen aber Familien, damit sie sich wohlfühlen? Genügen gut ausgebaute Betreuungsangebote für Kleinkinder und sichere öffentliche Räume? Die SP wird dieser Frage auf den Grund gehen und den Handlungsbedarf aufzeigen.

Besonders störend finden wir den Umgang mit dem städtischen Finanzvermögen. In den letzten fünf Jahren hat die

Stadt Uster Grundstücke und Immobilien im Wert von netto Fr. 28,5 Mio. verkauft – «Verscherbeln des Tafelsilbers» nennt man das. Eine strategische Boden- und Immobilienpolitik wäre für eine erfolgreiche Stadtführung aber unabdingbar. Wir werden diesbezüglich noch in diesem Jahr einen Vorstoss lancieren.

Schwerpunkt Kultur

Eine Stadt ohne vielfältiges Kulturangebot ist undenkbar. Wir als «Stadtpartei» setzen uns mit allen Mitteln dafür ein. Im Vordergrund stehen das nahtlose Weiterbestehen der Kleinkunsthöhle Qbus und der Ersatz des Stadthofsaaus. Dieser Einsatz lohnt sich, denn es ist erstaunlich, wie das aufstrebende Kulturleben von Uster weitherum wahrgenommen wird.

Allgemein hoffe ich, dass die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Politik selbstbewusst den Weg in die Zukunft wagen und dass wieder vermehrt ein Wettbewerb der Ideen ohne Obstruktionspolitik stattfindet. Und sie können sicher sein: Die SP-Gemeinderatsfraktion wird auch inskünftig aktiv für die Zukunft Usters arbeiten.

*Eine ausführliche Bilanz über die Legislaturhalbzeit finden Sie auf [www.sp-uster.ch](http://www.sp-uster.ch).*

Legislaturhalbzeit: Eine persönliche Bilanz des Stadtpräsidenten

# Hart und herausfordernd, aber befriedigend

**Vor zwei Jahren wählten die Ustermerinnen und Ustermer mit Martin Bornhauser erstmals einen Sozialdemokraten zum Stadtpräsidenten der drittgrössten Stadt. Für FORUM zieht er ein erstes, ganz persönliches Fazit über die ersten beiden Jahre in diesem Amt. Sein Fazit: Das Amt an der Spitze der Stadt ist hart und herausfordernd, aber auch sehr befriedigend.**

Von Martin Bornhauser, Stadtpräsident

Erfolge und Misserfolge liegen in der Politik oft dicht beieinander, so natürlich auch in Uster. Als grossen Erfolg erachte ich die Tatsache, dass die Planung, die Finanzierung und der Bau der erweiterten Stadt- und Regionalbibliothek in sehr kurzer Zeit durchgezogen werden konnte. Es hat sich gelohnt: Am 28. März konnte die Bibliothek in neuem, hellem Kleid und neuen kulturellen Möglichkeiten eröffnet werden. Leider reüssierte ich beim Versuch, das Lycée Française von Gockhausen nach Uster zu bringen, nicht. Eine grosse Chance für eine Stärkung des Bildungsstandorts Uster ist geplatzt. Dafür hat die Mittelschule Uster in den letzten beiden Jahren einen grossen Schritt vorwärts gemacht: Am Projekt wird intensiv gearbeitet, bald wird der Kantonsrat über den entsprechenden Kredit beschliessen können. Ebenfalls ein Erfolg: Dank dem Einsatz der SP konnte im Parlament ein Jugendkonzept durchgebracht werden. Doch damit beginnt die eigentliche Arbeit erst: Jetzt muss es natürlich auch noch umgesetzt werden.

## Wichtige Kleinarbeit

Viel Zeit habe ich in den letzten beiden Jahren darauf verwendet, die stadträtliche Strategie zu konkretisieren. Wir haben zehn Schwerpunkte der stadträtlichen Politik festgelegt. Jedem Schwerpunkt haben wir mehrere strategische Ziele zugeordnet und damit die Teilziele, die Teilschritte festgelegt. Weit über 100 mögliche Umsetzungsmassnahmen haben wir in der Folge an den Kriterien der Wirksamkeit, der Wirtschaftlichkeit, der Nachhaltigkeit und der Dringlichkeit gemessen. Zuletzt blieb ein Paket von 95 Massnahmen. Es sind Massnahmen von teilweise höchst strategischer Bedeutung, wie beispielsweise die Entwicklung des Zeughausareals, der Um- oder Neubau des Stadthofsaals oder die Gestaltung eines attraktiven Stadtzentrums. Die Umsetzung



Stadtpräsident Martin Bornhauser: «Es ist eine schöne Aufgabe, die Geschicke dieser Stadt zu lenken».

kann aber nur gelingen, wenn Stadtrat und Gemeinderat die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen für den Umsetzungsprozess zur Verfügung stellen. Aber hier hapert's allzu oft. Ein tiefer Steuerfuss ist nach wie vor vielen Politikern wichtiger als eine hohe Wohn- und Lebensqualität. Obwohl zwischenzeitlich allseits bekannt sein sollte, dass auch gute Steuerzahlende und Unternehmen gerne bereit sind, zwei, drei Steuerprozent mehr zu zahlen, wenn die Leistung stimmt.

Zur Wohnqualität gehört ganz zentral auch ein vielfältiges kulturelles Angebot. Gerade aber dieses ist in den Wirbel parteipolitischer Auseinandersetzungen geraten. Es bedarf unglaublicher Energien, um Sinn und Wirtschaftlichkeit von kulturellen Einrichtungen begreiflich zu machen. Wenn man bedenkt, mit welcher Selbstverständlichkeit von denen, die bei der Kultur jeden Rappen umdrehen, jeweils Strassenbaukredite in mehrfacher Höhe durchgewinkt werden, irritiert dies schon hin und wieder.

## Hervorragende MitarbeiterInnen

Freude bereitet mir die Zusammenarbeit mit den Exponenten der Wirtschaft, welche mit hohem Engagement für unsere Gemeinschaft, mit uns die künftigen Probleme und Chancen unserer Stadt diskutieren. Hingegen ärgert mich, ja

macht mich immer mal wieder auch wütend, mit welcher Arroganz gewisse Personen und Kreise Forderungen an die Stadt stellen und Qualifikationen verteilen. Dabei steht nicht das Allgemeininteresse unserer Stadt im Vordergrund, sondern ihre alleinigen, egoistischen Interessen. Und wenn solche «Klafferein» von den Medien auch noch dankbar aufgegriffen werden, spürt man, wie wenig es braucht, um niedrige Instinkte und Vorurteile zu bestätigen – und wie viel Auf-

wand, um solche zu beseitigen. Ich denke, wir klagen auf hohem Niveau. Wir täten gut daran, dankbar zu erkennen, wie gut es uns geht ... wenigstens materiell.

Als speziell stossend empfinde ich es, wenn unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pauschalen Vorwürfen ausgesetzt sind. Ich weiss, dass sie ihre Aufgaben mit bestem Wissen, enormem Einsatz und unter hohem Druck verrichten. Fehler passieren überall und für konstruktive Kritik sind wir stets offen, aber undifferenzierte Anschuldigungen sind nicht akzeptabel.

## Für die Zukunft gewappnet sein

Unsere Stadt wächst und wächst. Bund und Kanton verlagern mehr und mehr Aufgaben auf die Gemeinden. Alles wird komplexer und die Bereitschaft behördliche Entscheide zu akzeptieren sinkt. Wir können diese Stadt nicht mehr mit den Strukturen einer grossen Gemeinde führen. Ein höherer Professionalisierungsgrad ist unabdingbar. Aber auch hier: Es fehlt der politische Wille! Daran könnte unsere Stadt Schaden nehmen.

Die vielen wertvollen zwischenmenschlichen Begegnungen, lassen Last, Strapazen und Druck meines Amtes dennoch immer wieder vergessen machen. Es ist eine schöne Aufgabe, die Geschicke dieser Stadt zu lenken.

Legislaturhalbzeitbilanz: Bilanz einer Erstgewählten

# Mit allen Bereichen des Lebens konfrontiert

**Den Wahlsonntag vor zwei Jahren werde ich wohl nie mehr vergessen. Ich informierte mich im Internet über die Wahlergebnisse und konnte freudig feststellen, dass ich auf der SP-Liste zwei Plätze gut gemacht hatte, aber trotzdem knapp als erste Kandidatin nicht gewählt worden war. Allerdings: Barbara Thalman wurde auch in den Stadtrat gewählt und deshalb durfte ich kurz danach dennoch ins Ustermer Parlament nachrücken. Was würde mich da erwarten? Viel Spannendes, wie ich schon bald feststellen durfte.**

Von Claudia Geisenberger, SP-Gemeinderätin

Ich wurde von meiner Fraktion sehr gut aufgenommen und in die Abläufe von Fraktion und Rat eingeführt, was mir enorm half, mich in nicht immer einfachen Politbetrieb zurechtzufinden. Gleich an der ersten Fraktionsitzung wurden die der SP-Fraktion zustehenden Kommissionssitze verteilt: Ich bekam je einen Sitz in der Kommission Bildung und Kultur und in der Bürgerrechtskommission. In die Bürgerrechtskommission war ich sehr schnell eingearbeitet: Die Einbürgerungsgesuche sind wohl immer unterschiedlich, aber man benötigt als «Greenhorn» keine Vorkenntnisse, auch weil nur sehr selten eine Vorgeschichte hinter einem Gesuch steckt, die man kennen sollte.

Etwas anders verhielt es sich bei den Geschäften der Kommission für Bildung und Kultur (KBK). Die grösste Schwierigkeit für mich war, dass ich teilweise nicht abschätzen konnte, welche Geschichte einzelne Anträge mitbrachten, ob sie viel politischen Sprengstoff enthielten, weil man zu diesem Thema schon in der Vergangenheit harte Auseinandersetzungen geführt hatte. Mittlerweile gibt es aber bereits Geschäfte, deren Beginn ich miterlebte und deren Entwicklung mitzuverfolgen mir auch grosse Freude macht.

## Ritualisierte Gemeinderatssitzung

Dadurch, dass die KBK sehr viele Geschäfte betreut, galt es auch schon bald das erste Fraktionsreferat im Gemeinderat zu halten – vor Publikum und Medienvertretern. Hier konnte ich aber jederzeit auf die Hilfe meiner SP-Kolleginnen zählen und wurde sehr gut unterstützt. Die montäglichen Mailwechsel vor Gemeinderatssitzungen mit Reto Dettli und Regula Trüeb, den anderen beiden SP-VertreterInnen in der KBK,



SP-Gemeinderätin Claudia Geisenberger: «Von der kommunalen Politik ist man direktstens betroffen».

wurden schnell zur Regel. Da wurden und werden Referate hin und her geschickt, die Meinungen dazu ausgetauscht, Referate geändert und verbessert. Der Ablauf der Gemeinderatssitzungen ist immer ähnlich und ich empfinde die Sitzungen immer noch meist als sehr ritualisiert. Die einzelnen Referate lockern den Ablauf zwar auf, aber die Meinungen sind bereits vorher gemacht und deshalb auch die Abstimmungsergebnisse sehr oft schon vorher absehbar. Und manchmal scheint es, als wäre es einzig aufgrund der Parteizugehörigkeit unmöglich, sich zu einigen oder auch nur einen Schritt aufeinander zuzugehen...

Durch die kommunale Politik direkt betroffen  
Das Spannendste an der Politik finde ich, dass sie sich mit fast allen Bereichen des Lebens auseinandersetzt und man deshalb auch mit Themen konfrontiert wird, die mich vorher kaum interessiert haben.

Überhaupt habe ich mich vor meiner Wahl in den Gemeinderat weniger für die kommunale Politik begeistern können. Heute bin ich der Meinung, dass man von der kommunalen Politik am direktesten betroffen ist und sie deshalb auch mehr interessieren sollte. Als Gemeinderätin ist es für mich sicher ein Vorteil, in Uster aufgewachsen zu sein und mich noch daran erinnern zu können, wie Uster vor gewissen Veränderungen, z. B. die heute allgegenwärtigen Kreisel, war. Das Schönste am Gemeinderat Uster ist für mich, dass ich den Eindruck habe, dass sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier trotz unterschiedlicher Meinungen alles in allem gegenseitig doch respektieren, vielleicht sogar mögen. So ist es auch immer wieder spannend und interessant sich mit Kolleginnen und Kollegen aus

anderen Fraktionen und Parteien auszutauschen. So ergeben sich viele spannende Diskussionen auf «neutralem» Boden, in denen sich möglicherweise mehr bewirken lässt, als durch Referate im Gemeinderat.

## Freude am kommenden Ratspräsidium

Vor etwas mehr als einem Jahr wurde ich dann von meiner Fraktion angefragt, ob ich Interesse hätte, im Mai 2009 das Gemeinderatspräsidium zu übernehmen. Ein Entscheid, der mir leicht fiel: Ich lerne sehr gerne Neues und war zu diesem Zeitpunkt schon gut mit dem normalen Gemeinderatsbetrieb vertraut. Allerdings musste ich mich von nun an noch intensiver mit der Geschäftsordnung des Gemeinderates auseinandersetzen, welche die Abläufe des Parlamentes regelt und über die das Präsidium zu wachen hat. Aber auch hier fühle ich mich mittlerweile recht sicher und freue mich schon jetzt auf mein Präsidialjahr.

FORUM-Service: Das sollten Sie wissen

# So funktioniert der Gemeinderat von Uster

**Der Gemeinderat ist das Parlament der Stadt Uster und besteht aus 36 von den Ustermer Stimmberechtigten gewählten Mitgliedern.**

Der Gemeinderat beschliesst über alle Anträge des Stadtrates, der Schulpflegen und der Sozialbehörde (Verordnungen, Kreditanträge, Bauabrechnungen, Budget, Geschäftsbericht, Richtplan etc.). Weiter ist er für die Erteilung des Bürgerrechtes an jene Ausländerinnen und Ausländer zuständig, die nicht von einer erleichterten Einbürgerung profitieren, er berät über Volks- und Einzelinitiativen und wählt verschiedene Kommissionen und Delegationen. Die meisten Beschlüsse des Gemeinderates unterstehen dem Referendum, das heisst, wenn 400 Ustermer Stimmberechtigte oder 12 Gemeinderatsmitglieder (sogenanntes Behördenreferendum) dies verlangen, muss der entsprechende Antrag einer Urnenabstimmung unterbreitet werden.

Die Organe des Gemeinderates

Der Gemeinderat wählt aus seiner Mitte folgende Organe:

**Geschäftsleitung (GL):** Die Geschäftsleitung des Gemeinderates besteht aus der/dem Gemeinderatspräsident/in, den beiden Vizes sowie den drei StimmenzählerInnen. Die GL entscheidet über grundsätzliche Verfahrensfragen und repräsentiert den Gemeinderat gegen aussen.

**Sachkommissionen:** Die vier Sachkommissionen Bildung & Kultur (KBK), Soziales & Gesundheit (KSG), Planung & Bau (KPB) und Öffentliche Dienste & Sicherheit (KÖS) bestehen aus je neun Mitgliedern. Sie prüfen in den ihnen zugewiesenen Bereichen Anträge, die an den Gemeinderat gerichtet sind. So prüft etwa die Kommission Bildung & Kultur all jene Anträge für Kredite oder Reglemente, welche die Schule, die Kultur und den Sport betreffen.

**Rechnungsprüfungskommission (RPK):** Die RPK besteht aus neun Mitgliedern und ist das «finanzpolitische Gewissen» der Gemeinderates: Sie prüft zusätzlich zu den Sachkommissionen alle Anträge mit Kostenfolgen, ob diese richtig berechnet und für Uster finanziell tragbar sind. Die RPK ist auch für die Prüfung von Abrechnungen zuständig.

**Bürgerrechtskommission (BRK):** Die BRK besteht ebenfalls aus neun Mitgliedern und ist für die Vorprüfung der im Gemeinderat zu behandelnden Bürgerrechtsgesuche zuständig.



Die Sitzungen des Gemeinderates im Stadthaus sind öffentlich.

Die Parlamentarischen Vorstösse

Jedem Mitglied des Gemeinderates steht eine Reihe von Möglichkeiten offen, um den Stadtrat (oder auch die Schulpflegen oder die Sozialbehörde) dazu anzuhalten, etwas zu prüfen, Massnahmen zu ergreifen oder Fragen zu beantworten.

**Motion:** Mit einer Motion kann jedes Gemeinderatsmitglied vom Stadtrat verlangen, dass er zu einem bestimmten Thema einen Antrag vorlegt. Das Gemeinderatsmitglied bringt dazu im Gemeinderat eine Motion ein, die, wenn eine Mehrheit des Gemeinderates das Anliegen unterstützt, an den Stadtrat überwiesen wird. Der Stadtrat ist nun gezwungen einen Antrag vorzulegen. Dabei spielt keine Rolle, ob der Stadtrat dies überhaupt will oder nicht, durch die Motion ist er dazu verpflichtet.

Ein Spezialfall der Motion ist die *Leistungsmotion*. Mit dieser kann der Gemeinderat auf das Budget Einfluss nehmen und vom Stadtrat verlangen, dass er zu einem bestimmten Punkt beim nächsten Budget eine Variante vorlegt.

**Postulat:** Das Postulat ist mit der Motion verwandt, allerdings ist es nicht verbindlich, sondern hat nur anregenden Charakter. Das Postulat muss wie die Motion von einer Mehrheit im Gemeinderat unterstützt werden, um an den Stadtrat überwiesen zu werden. Der Stadtrat muss nun zwar den im Postulat angesprochenen Sachverhalt prüfen und darüber einen Bericht verfassen, er muss aber nur dann

etwas unternehmen, wenn er dies für notwendig erachtet.

**Interpellation:** Die Interpellation bietet die Möglichkeit dem Stadtrat zu einem bestimmten Thema Fragen zu stellen. Mit der Unterstützung von einem Drittel der Gemeinderatsmitglieder wird die Interpellation an den Stadtrat überwiesen, welcher nun die Fragen beantworten muss. Anschliessend findet im Gemeinderat eine Diskussion über das in der Interpellation angesprochene Thema statt, in welcher die verschiedenen Parteien ihren Standpunkt darlegen können. Die Interpellation zieht aber weiter keine unmittelbaren Konsequenzen nach sich, sie ist deshalb gut geeignet, um etwas Neues ein erstes Mal anzudiskutieren und sich aufgrund der gewalteten Diskussion Gedanken über das weitere politische Vorgehen zu machen.

**Anfrage:** Die Anfrage bietet wie die Interpellation die Möglichkeit, dem Stadtrat zu einem bestimmten Thema Fragen zu stellen. Im Unterschied zur Interpellation findet zur Anfrage im Gemeinderat weder vorher noch nachher eine Diskussion statt, sie kann deshalb jederzeit von jedem einzelnen Gemeinderatsmitglied eingereicht werden. Der Stadtrat beantwortet die gestellten Fragen schriftlich, weitere Konsequenzen zieht die Anfrage nicht nach sich. Sie wird deshalb in erster Linie dazu benutzt, um beim Stadtrat Informationen zu einem bestimmten Thema einzuholen.

Zusammenstellung: Stefan Feldmann

SP-Gemeinderatsfraktion: Personelle Wechsel

# Neue Köpfe in der SP-Gemeinderatsfraktion

Die Mitte einer Legislaturperiode eignet sich für altgediente Ratsmitglieder gut dafür, um die politische Verantwortung in neue, jüngere Hände zu legen. Die nachrückenden Ratsmitglieder haben so die Chance, sich seriös einzuarbeiten und sich auf die nächsten Wahlen vorzubereiten. Auch in der SP-Gemeinderatsfraktion ist es im letzten halben Jahr zu zwei solchen Wechseln gekommen.



Nach sechseinhalb Jahren Ratszugehörigkeit hatte SP-Gemeinderat **Reto Dettli** per Ende 2007 seinen Rücktritt aus dem Gemeinderat erklärt. Er gehörte dem Parlament seit den Wahlen 2002 an, nachdem er zuvor schon Ende der 1990er Jahr Mitglied des Zürcher Gemeinderates gewesen war. Im August 2004 übernahm Reto Dettli zudem von Stefan Feldmann das Präsidium der SP-Gemeinderatsfraktion. Als Fraktionspräsident prägte er natürlich die Arbeit der SP-Gemeinderatsfraktion in den letzten Jahren massgeblich mit und war vor allem auch als guter Debattierer auf der bürgerlichen Ratsseite gefürchtet. Weil er aber inskünftig beruflich mehr gefordert sein wird – Dettli ist Partner und Geschäftsleitungsmitglied eines Zürcher Forschungs- und Beratungsunternehmens – musste er Ende 2007 Abschied aus dem Gemeinderat nehmen.



Seine Nachfolge im Rat trat **Maja Burger** an. Maja Burger ist 42 Jahre alt, ausgebildete soziokulturelle Animatorin und steht kurz vor ihrem

Abschluss als Ausbilderin SVEB. Maja Burger ist Mutter zweier Kinder und ist Initiantin und eine der MitgründerInnen der Kindertagesstätte «Chinderhuus im Werk». Sie ist Mitglied der Kommission Bildung und Kultur.

\*\*\*\*\*



Auf Ende März 2008 erklärte auch **Christian Wüthrich** seinen Rücktritt aus dem Parlament. Er gehörte dem Ustermer Gemeinderat seit den Wahlen 1998 an. Während seiner zehnjährigen Amtszeit als Gemeinderat hat er sich unermüdlich in diversen Kommissionen engagiert: So in der Bürgerrechtskommission, der Rechnungsprüfungskommission, zwei Spezialkommissionen zur Revision der Gemeindeordnung und in der Kommission Soziales und Gesundheit. Hier konnte Christian Wüthrich im wichtigen Politbereich Betreutes Wohnen aus seiner reichen Berufserfahrung als Pflegefachmann und Pflegedienstleiter eines Alter- und Pflegeheimes schöpfen. Im Amtsjahr 2003/2004 stand er dem Ustermer Parlament zudem als Gemeinderatspräsident vor.



Die Nachfolge für Wüthrich trat **Peter Grob** an. Peter Grob ist 53 Jahre alt und El. Ing. HTL mit einer Zusatzausbildung als Berufsschullehrer. Seit 1991 unterrichtet er an der Berufsschule Uster Berufskunde für InformatikerInnen und ElektronikerInnen. Er wohnt in Wermatswil und ist Mitglied der Kommission Planung und Bau.



## Balthasar Thalmann ist neuer Fraktionschef

Durch den Rücktritt von Reto Dettli auf Ende 2007 musste die SP-Gemeinderatsfraktion auch das Fraktionspräsidium neu besetzen: Dettlis Nachfolge an der Fraktionsspitze trat Balthasar Thalmann an. Thalmann gehört dem Gemeinderat seit den Wahlen 2006 an und hat sich innert kürzester Zeit als kompetenter Sachpolitiker in den Bereichen Planung und Bau einen Namen gemacht. Er ist dipl. Kulturingenieur, arbeitet als Raumplaner für den Kanton Zürich und ist Vater dreier Kinder.

Mit dem 32jährigen Balthasar Thalmann übernimmt erneut ein junges Mitglied der SP-Gemeinderatsfraktion Mitverantwortung für die Politik in unserer Stadt.

Aller Voraussicht nach wird nächsten Mai SP-Gemeinderätin Claudia Geisenberger (28) zur Gemeinderatspräsidentin gewählt. Sie wird dann mit noch nicht einmal 30 Jahren die jüngste Gemeinderatspräsidentin in der Geschichte der Stadt Uster sein. Und seit letztem Sommer stellt die SP-Fraktion zudem mit dem erst 23jährigen Jonas Schmid das zweitjüngste Mitglied des Gemeinderates.

Das alles zeigt: Die SP Uster redet nicht nur von Nachwuchsförderung, sondern sie treibt sie auch.

Eidgenössische Abstimmung: NEIN zum Gesundheitsartikel

# Ein klares Nein zur Zweiklassenmedizin

Am 1. Juni stimmen wir über einen unüberlegten und widersprüchlichen Gummartikel ab. Er läuft auf die Privatisierung des Gesundheitssystems und eine Zweiklassenmedizin hinaus. Der Leistungskatalog wird kleiner, die freie Arzt- und Spitalwahl ist nicht mehr garantiert. Die Krankenkassen erhalten noch mehr Macht. Gemeinsam mit der SP bekämpfen Kantone, Ärzte, Pflegende, Konsumentenorganisationen, Gewerkschaften, Apotheker, Zahnärztinnen und Rentnerinnen diesen Verfassungsartikel.

Von Jacqueline Fehr,  
SP-Nationalrätin, Winterthur



*Alle haben den gleichen Anspruch auf optimale medizinische Hilfe. Darum Nein zum Diktat der Krankenkassen, Nein zur Privatisierung der Gesundheitspflege und Nein zur Zweiklassenmedizin.*

Der von den Bürgerlichen ausgearbeitete neue Verfassungstext lässt keine Zweifel offen: Das Gesundheitswesen soll künftig nach dem Diktat der Krankenversicherungen funktionieren! Sie wollen künftig entscheiden, wer zu welcher Ärztin gehen kann und welche Therapien noch finanziert werden. Die Folgen sind klar: Wer jung und gesund ist, bekommt alle erdenklichen Leistungen. Wer hingegen tatsächlich auf ein solidarisches Gesundheitswesen angewiesen ist, hat das Nachsehen. Damit wird die Zweiklassenmedizin in der Verfassung verankert.

Ursprünglich wurde der neue Verfassungstext ins Spiel gebracht, um Zeit zu gewinnen, damit die verlogene SVP-Prämieninitiative nicht vor den Wahlen zur Abstimmung kam. Aber plötzlich haben die Versicherungslobbyisten im

Parlament den Braten gerochen und ernst gemacht. Ihr Vorschlag: Die Leistungen der Grundversicherung sollen gekürzt werden, so dass mehr Menschen eine Zusatzversicherung abschliessen. Die Leistungen für die Alterspflege sollen reduziert werden, so dass die Betroffenen mehr aus der eigenen Tasche zahlen müssen. Und die Kantone sollen rund acht Milliarden Steuerfranken an die privaten Versicherungen überweisen, ohne dass sie sagen könnte, wofür das Geld eingesetzt wird. Das ist unhaltbar!

Die Vorlage steht im Gegensatz zur Gesundheitspolitik der SP: Diese will den offenen Zugang zu einer qualitativ hoch stehenden und umfassenden Gesundheitsversorgung für alle – und zwar zu bezahlbaren Preisen. Die Verteilung der Kosten muss sozialverträglich ausgestaltet werden; indem die finanzielle Belastung der Haushalte gesenkt und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angepasst wird.

Wir sagen deshalb Nein zum Diktat der Kassen, Nein zur Privatisierung der Gesundheit und Nein zur Zweiklassenmedizin!

Politkultur auf dem Tiefpunkt? Die Lehren aus der Zentrumsplanung? Unterführung Brunnenstrasse? Die Zukunft des Obus? Abschaffung des Laienrichtertums? Kampfjetlärm? Falsche Hoffnungen bei der Oberlandautobahn? Der Seequai als Chance? Uster bald autofrei?

Diskutieren Sie mit!

SPLOG – der einzige Ustermer Politblog:

[splog.sp-uster.ch](http://splog.sp-uster.ch)

**SP**  
DIE STADTPARTEI WWW.SP-USTER.CH



Eidgenössische Abstimmung: NEIN zum SVP-Einbürgerungsinitiative

# Kein Platz für Willkür und Diskriminierung

Am 1. Juni stimmen wir über die SVP-Initiative mit dem euphemistischen Titel «Für demokratische Einbürgerungen» ab. Mit dieser wird die Wiedereinführung von Einbürgerungen an der Urne durch das Volk angestrebt. Dieses Verfahren verstösst allerdings gemäss Bundesgericht gegen die verfassungsmässigen Grundrechte, insbesondere gegen das Verbot von Diskriminierung und Willkür. Die SVP will nun aber genau dieses Unrecht wieder zu lassen. Dem gilt es den Riegel zu schieben.

Von Martin Siegenthaler

Nach dem Willen der Initianten sollen in Zukunft die Stimmberechtigten jeder Gemeinde selber festlegen, ob an einer Urnenabstimmung, an einer Gemeindeversammlung oder durch eine Exekutivstelle über die Erteilung des Gemeindebürgerrechts entschieden werden soll. Eine Rekursmöglichkeit gegen negative Entscheide wäre ausgeschlossen. Ebenso wenig müssten diese begründet werden. Mit der Lancierung dieser Volksinitiative stellt das Initiativkomitee die wegweisenden Bundesgerichtsentscheide von 2003 und 2004 in Frage. Die angestrebte Verfassungsänderung bedeutet eine fundamentale Abkehr von einem Einbürgerungsverfahren, das wie vom Bundesgericht gefordert menschenrechtlichen Grundanforderungen genügt: Auch die Stimmberechtigten dürfen sich in Ausübung ihrer Volksrechte nicht über grundlegende Grundsätze wie das Verbot von Diskriminierung oder Willkür hinwegsetzen.

## Offene Türen für Diskriminierung

Das von der SVP angestrebte anonyme Einbürgerungsverfahren an der Urne oder an Gemeindeversammlungen ist verfassungs- und menschenrechtswidrig und einem Rechtsstaat unwürdig. Solche Verfahren öffnen Tür und Tor zu Diskriminierung und Willkür. Eine vor zwei Jahren veröffentlichte Studie zu Einbürgerungen hat gezeigt, dass in Gemeinden, in welchen an der Urne über Einbürgerungsgesuche entschieden wird, die Ablehnungsquote um 23 Prozent höher liegt als bei allen anderen Verfahren. Die Verfasser der Studie kommen auch zum Schluss, dass fremdenfeindliche Argumente bei anonymen Abstimmungen eine weitaus grössere Wirkung haben als bei anderen Verfahren, zum Beispiel in Einbürgerungskommissionen. Der von der SVP propagierte Erhalt der Gemeindeautonomie und die freie Willensäusserung des



*Willkürfreiheit dank dem Schutz der Anonymität? Nein zu Einbürgerungen an der Urne!*

Verfahren zu durchlaufen. Über die zu erfüllenden Anforderungen ist politisch zu diskutieren. Dass die einmal festgelegten Regeln aber einigermaßen konsequent angewandt werden, müsste selbstverständlich sein. Genauso funktioniert es schliesslich auch in anderen Verfahren: So werden zum Beispiel, die Regeln, was wo gebaut werden darf in einer politischen Diskussion beschlossen (Bau- und Zonenordnung). Wer diese Anforderungen danach aber erfüllt, kann sich darauf verlassen, dass sein

Volkes kann kaum die latente fremdenfeindliche Komponente der Initiative vertuschen. So soll die Schweizer Bevölkerung die Freiheit haben, ganzen Gruppen von Einwanderern aufgrund ihrer Herkunft oder Religionszugehörigkeit das Bürgerrecht zu verweigern.

## Klare Anforderungen, klare Entscheide

Wer das Schweizer Bürgerrecht erhalten will, benötigt die Bewilligung von Bund, Kanton und Gemeinde; er hat denn auch ein mehrstufiges

Gesuch nur deshalb abgelehnt wird, weil irgendjemandem seine Nase nicht passt... Die Initiative würde bei einer Annahme eine Ausnahme vom ansonsten üblichen Standard in unserem Rechtsstaat schaffen und zu-dem nicht zu sorgfältigeren Entscheiden führen. Vielmehr würden durch Beliebigkeit allenfalls auch die demokratischen Rechte ausgehöhlt, die ja Verantwortung und Bemühen um Sachkenntnis bedingen. Ein klares Nein zum von der SVP angestrebten Rückschritt ist also dringend angezeigt.

## Parolen zu den Abstimmungen vom 1. Juni

Eidgenössische Vorlagen:

### NEIN zur Volksinitiative «Für demokratisch Einbürgerungen»

... weil es auch unter dem Deckmantel der Gemeindeautonomie und der Volksrechte keinen Freipass für Willkür und Diskriminierung geben darf (siehe Artikel auf dieser Seite).

### NEIN zur Volksinitiative

#### «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda»

... weil es Aufgabe der Behörden ist, über Inhalte und Konsequenzen von Abstimmungsvorlagen zu informieren und auf neue Argumente und Vorkommnisse im Abstimmungskampf zu reagieren.

### NEIN zum Verfassungsartikel

#### «Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung»

... weil er den Boden für die Privatisierung des Gesundheitswesens und eine Zweiklassenmedizin schafft und die Macht der Krankenkassen zulasten der Kantone stärkt (siehe Artikel auf Seite 8).

Kantonale Vorlagen: Keine

Bezirksgerichts Uster: Keine Wahlempfehlung.

Städtische Vorlagen: Keine

SP Kanton Zürich: Der Ustermer Stefan Feldmann präsidiert seit Mitte April die Kantonalpartei

# «Nicht nur zur Sache, sondern auch zu den Menschen sprechen»

**Mitte April hat der Parteitag der SP Kanton Zürich den Ustermer Stefan Feldmann zu seinem Präsidenten gewählt. Feldmann – Mitglied der Redaktion dieser Zeitung – erklärt im Interview mit Nicole Soland von der Zürcher Wochenzeitung «P.S.», was ihn am Präsidium reizt und welche Themen ihm in seinem neuen Amt wichtig sind.**

**P.S.:** Als die Medien nach Martin Naefs Rücktritts-erklärung über seine Nachfolge zu spekulieren begannen, wurden viele Namen genannt – Sie aber hatte niemand auf der Rechnung. Sind Sie der Lückenbüsser?

**Stefan Feldmann:** Gleich nach dem Rücktritt von Martin Naef wurde ich von einem «Tagi»-Redaktor gefragt, ob ich interessiert wäre. Damals war ich aber der festen Überzeugung, das Präsidium komme nur für jemanden in Frage, der oder die auch Mitglied im Kantons- oder Nationalrat ist. Das sagte ich ihm und er zitierte mich entsprechend, womit dann mein Name aus dem Spekulationenraster der Medien fiel.

*Unterdessen haben Sie demnach Ihre Meinung geändert: Warum?*

Ich denke immer noch, dass eine Mitgliedschaft insbesondere im Kantonsrat von Vorteil wäre, für die Partei aber auch für das Präsidium. Zum einen ist es für die Partei von Vorteil, wenn der Präsident oder die Präsidentin auch im Parlament Präsenz markieren und Stellung nehmen kann. Andererseits bedeutet es für jemanden, der nicht im Parlament sitzt, einen beträchtlichen Zusatzaufwand, sich ständig über die laufenden Geschäfte zu informieren. Bei einem Doppelmandat gäbe es da einen nicht unerheblichen Synergieeffekt. Aber nachdem ich diese Frage mit verschiedenen GenossInnen diskutiert habe, sehe ich das nicht mehr ganz so ausschliesslich.

*Sie legen sich einen arbeitsintensiven Job zu: Warum tun Sie sich das an?*

Ich mache gerne Politik und übernehme gerne Verantwortung. Vor allem aber liegt mir die Partei am Herzen, und damit meine ich sowohl die Werte, für die die SP steht, aber auch die Menschen, die für diese Werte eintreten. Gemeinsam mit ihnen will ich mich dafür einsetzen, dass der Kanton Zürich wieder sozialdemokratischer wird. Er hat es nämlich verdient.



*«Unsere Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit oder Chancengleichheit stehen auch nach Wahlniederlagen nicht zur Disposition.»*

*Ihr neues Amt wird Ihnen kaum nur positive Erlebnisse bescheren: Um welche damit verbundenen Aufgaben reissen Sie sich nicht?*

Als langjähriger Parteisekretär weiss ich, was da auf mich zu kommt, und es gibt eigentlich nichts, das mir an diesem Amt «stinken» würde. Aber es gibt Dinge, die mir Respekt einflössen. Einerseits die zeitliche Präsenz, die mit dem Amt verbunden ist: Parteiintern, an Veranstaltungen, gegenüber den Medien immer präsent und ansprechbar sein zu müssen. Und grossen Respekt habe ich vor der Erwartungshaltung vieler Genossinnen und Genossen: Ich habe nach der Bekanntgabe der Nomination enorm viele positive Mails bekommen. Das hat mich einerseits extrem gefreut, ist es doch ein gutes Gefühl, von so vielen Leuten getragen zu werden. Andererseits floss mir die in diesen Mails ebenfalls zum Ausdruck kommende Erwartungshaltung immensen Respekt ein. Aber glücklicherweise ist die SP ja keine One-Man-Show, es kommt auf das Engagement jedes einzelnen Mitglieds an. Nur gemeinsam schaffen wir den Turnaround.

*Dennoch: Sie übernehmen die Partei nicht zum günstigsten Zeitpunkt. Obwohl nach den verpatzten Wahlen 2007 unter anderem zu hören war, vor allem die Städte hätten versagt, verlor die SP bei den*

*kantonalen Wahlen in den doch eher ländlichen Kantonen Schwyz und St. Gallen am 16. März etwa in gleichem Umfang Stimmen wie letztes Jahr im Kanton Zürich. Wie wollen Sie wieder mehr Menschen von der SP überzeugen?*

Grundsätzlich ist für mich klar, dass die grundlegenden Werte der Sozialdemokratie – Solidarität, Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Gleichstellung, Nachhaltigkeit – auch nach Wahlniederlagen nicht zur Disposition stehen. Sie sind das, was die Sozialdemokratie ausmacht. Aber natürlich müssen wir uns immer wieder fragen, ob wir die richtigen Lösungen anbieten für die Probleme, mit denen sich die Menschen heute konfrontiert sehen. Wir müssen wieder lernen, die Leute dort abzuholen, wo sie der Schuh drückt.

*Immer wieder heisst es auch, die Kommunikation müsse verbessert werden. Sehen Sie das auch so?*

Natürlich, bei der Kommunikation können wir noch zulegen, sowohl innerhalb der Partei wie auch gegen aussen. Ich finde, wir müssen die parteiinterne Diskussionskultur wieder besser pflegen, und wir sollten mit mehr Gelassenheit reagieren, wenn Differenzen entstehen.

*Beispiel?*

Mich stört es, wenn Parteimitgliedern, die sich die Freiheit herausnehmen, etwas mal neu zu denken oder unter einem anderen Blickwinkel zu betrachten, schon fast reflexartig der «Verrat» von sozialdemokratischen Idealen vorgeworfen wird. Ich denke da etwa an die Reaktionen auf das Jugendgewalt-Papier von Chantal Galladé und Daniel Jositsch oder an den Ton der parteiinternen Auseinandersetzung beim Polizeigesetz. Wenn wir uns angesichts solcher Meinungsverschiedenheiten jeweils gleich des Verrats bezichtigen, bringt uns das in der Entwicklung neuer Ansätze nicht weiter. Hier sollten wir gelassener miteinander umgehen.

*Zurück zur Kommunikation: Nach der Wahlschlappe im Frühling 2007 war zu hören und zu lesen, die SP habe zwar ein gutes Programm, doch sie präsentiere ihre Ideen derart intellektuell und abgehoben, dass sich 'Normalsterbliche' kaum mehr mit ihr identifizieren könnten.*

Das ist mir jetzt ein wenig zu plakativ. Aber es stimmt: Es genügt nicht, dass man zur Sache spricht, man muss auch zu den Menschen sprechen. Was die Dossierkenntnis betrifft, müssen sich die SP-PolitikerInnen nicht verstecken, aber wenn man den Inhalt den Leuten nicht ver-



*Stefan Feldmann wechselt wieder in die kantonale Politik, bleibt aber der SP Uster als Gemeinderat erhalten.*

mitteln kann, dann nützt das am Ende nichts. Hier haben wir beim politischen Handwerk, etwa bei der Rhetorik oder der Medienarbeit, Nachholbedarf. Der Zwang, Politik auf kurze, knappe Sätze verkürzen zu müssen, kann man gut finden oder nicht, in einer Zeit, in der die Medien die Politik auf Schritt und Tritt begleiten, ist es aber unumgänglich.

*Sie haben den Zeitaufwand fürs Amt des Parteipräsidenten erwähnt; Zeit brauchen aber auch all jene, die in einem Parlament sitzen, eine Sektion leiten, eine Veranstaltung organisieren. Wie realistisch ist es, von MilizpolitikerInnen professionelle Rhetorik und Medienarbeit zu fordern?*

In vielen kleineren Sektionen ist es häufig so, dass die personellen Ressourcen gerade ausreichen, die Adressen und Finanzen zu verwalten und ab und zu einen Newsletter zu verschicken. Das ist zu wenig; wir müssen deshalb unbedingt Wege finden, die Sektionen von der Verwaltungstätigkeit zu entlasten, damit sie mehr Zeit für ihr Kerngeschäft haben, die politische Arbeit vor Ort. So werden wir auch wieder für jüngere Leute attraktiver: Sie wollen etwas bewegen und nicht einen Verein verwalten. Dass zum Beispiel die SP Schweiz, die Kantonalparteien und die einzelnen Sektionen je eigene Adresskarteien führen, die zudem nie übereinstimmen, ist doch höchst ineffizient. Die SP Schweiz versucht seit Jahren dieses Problem zu lösen, bislang mit wenig Erfolg. Ich könnte mir weiter vorstellen, dass die Kantonalpartei weitere Dienstleistungen für die Sektionen übernimmt, wie zum Beispiel die Buchhaltung, oder die Gestaltung von Abstimmungsflyern, die Erarbeitung von Inseratplänen oder bei der Organisation von grossen Veranstaltungen hilft. Die gewonnene Zeit

könnten die Sektionen dann nutzen, um mehr in die politische Arbeit vor Ort zu investieren.

*Den Sektionen helfen heisst doch bloss, die Kantonalpartei stärker belasten.*

Nein, das denke ich nicht. Denn dort, wo ich die Sektionen entlasten möchte, in der Organisation und der Administration, hat die Kantonalpartei eine gut geölte Maschinerie, die auch die Sektionen nutzen können sollten. In welchem Umfang und wie das abgegolten wird, dass muss natürlich noch diskutiert werden.

Einen Punkt, der mir sehr wichtig ist, haben wir bislang noch nicht angesprochen. Zurzeit ist es oft so, dass wir Politik vor allem als etwas Belastendes, Schweres und Schwieriges darstellen. Ich wünsche mir aber eine SP, der man die Lust am Politisieren, die Freude am Gestalten anmerkt. Wir müssen das Lustvolle, dass die Politik auch hat, wieder besser vermitteln. Das müssen wir auch parteiintern pflegen, müssen Gelegenheiten schaffen, wo wir uns treffen, uns austauschen und uns auch immer wieder neue Motivation für die weitere Arbeit holen können. Das ist gerade auch für Genossinnen und Genossen auf dem Lande, die in ihrer SVP-dominierten Gemeinde oft als einzige unsere Fahne hochhalten, von grosser Wichtigkeit.

*Junge Leute, die der SP kritisch gegenüber stehen, vermissen allerdings weniger die Freude am Politisieren, sondern sie empfinden die SP als zu 'regierungstreu', als zu sehr dem 'Establishment' verpflichtet.*

Von dieser These habe ich nie viel gehalten. Opposition ist kein Selbstzweck, insbesondere in der Schweiz nicht, wo jede der grossen Parteien sowohl Regierungs- wie Oppositionspartei ist.

Wer etwas anderes behauptet, hat unser System nicht begriffen. Die SP verstand sich immer als linke Reformpartei und das bedeutet, dass man Veränderungen will und diese anstrebt. Und da kommt man auch um den Kompromiss nicht herum. Aber was wir sicher besser machen müssen: Wir müssen besser erklären, wenn wir uns warum auf einen Kompromiss einlassen. Und gleichzeitig klar machen, dass wenn wir jetzt den Spatz akzeptieren, wir deswegen die Jagd auf die Taube nicht aufgeben.

*Sie tönen ja richtig gouvernemental... doch Spass beiseite: Viele Linke werden zunehmend aggressiv angesichts der unsäglichen Polit-Happenings, welche die SVP veranstaltet – und nicht wenige finden, die SP sollte mal einen Fall wie etwa den des «scheininvaliden SVP-Kantonsrats» auf ihre Mühle aus-schlachten. Was halten Sie davon?*

Unfares Spiel der SVP muss die SP kontern und das hat die Kantonsratsfraktion beispielsweise beim jüngsten Angriff Claudio Schmidts auf Regierungsrat Markus Notter wegen des Verwehrens, der angeblich auf Urlaub frei herumspazierte, gut gemacht. Die SP muss solch Machenschaften anprangern und Klartext reden. Gleichzeitig will ich aber nicht, dass wir uns aus Frustration und Ärger über das unsaubere Spiel von rechts zu den gleichen Methoden hinreissen lassen. Die SP ist der Gegenpart zur destruktiven, niveaulosen Politik der SVP. Wir stehen für konstruktive Lösungen und das bedeutet, dass wir auch für Anstand in der Politik stehen – das eine ist ohne das andere nicht denkbar.

*Das Interview wurde leicht gekürzt, der Abdruck erfolgt mit Genehmigung von «P.S.» (www.pszeitung.ch).*

# Veranstaltungskalender

## 14.05. »FAMILIENIDYLL?«

Veranstaltungsreihe, Teil 2

Die Autorin

In Uster scheint die Welt noch in Ordnung zu sein. Junge Familien ziehen nach Uster: Der Schulweg ist hier noch ein Weg und keine Autofahrt; es gibt eine Dorfbadi, den nahen Greifensee und Wälder ringsherum... und der Arbeitsplatz in der Stadt ist schnell erreichbar. Im Leitbild der Stadt Uster steht: «Wir sind kinderfreundlich und den Eltern steht ein grosse Palette familienergänzender Betreuungsangebote zur Verfügung.» Am zweiten Abend der Veranstaltungsreihe liest Autorin Ruth Schweikert Texze aus ihrem Buch «Erdnüsse. Totschlagen» und solche, die sich unverwandt mit der Frage des Familienidylls auseinandersetzen. Nach der Lesung führen Barbara Stengl und Marc Meyer mit der Autorin unter Beteiligung des Publikums ein Gespräch.

20.00 Uhr, Obus, Braschlergasse 10

## 16.05. JAZZ: TRIBUTE TO ART PEPPER

Mark Hauser: Tribute to Art Pepper

Mit Mark Hauser sax, Thierry Lang p, Loris Peloso guit, Dominik Schürmann b, Stefan Felber dr

«Art Pepper – der Charlie Parker des West Coast Jazz» (Down Beat Magazin). Der Altsaxofonist Art Pepper verstand es allerdings, wie Lee Konitz oder Paul Desmond, sich vom Einfluss des Übervaters zu lösen. Er verbrachte – wie viele Jazzmusiker seiner Zeit – Jahre seines Lebens wegen Drogensucht im Gefängnis, bevor er in den 70er Jahren mit Hilfe seiner Frau vom Heroin loskam und einige unsterbliche Platten aufnahm. Der Abend versteht sich als eine Reise durch die Geschichte von Art Pepper – und natürlich auch durch das Leben von Mark Hauser. Er zeigt Peppers Schafchen von den 50er Jahren bis zu seinem Tod in den frühen 80ern. Mark Hauser – den Ustermer Jazzinteressierten wohlbekannt kommt mit einer formidablen Besetzung auf die Container Bühne.

Eintritt: 30.- / 20.-

Jazzclub im Musikcontainer, 20.30 Uhr

## 18.05. KINO: DER FREUND

Film von Micha Lewinsky  
Schweiz 2008

Dialekt, 87 Minuten

Im wirklichen Leben wären Emil und Larissa nie ein Paar – sie, die von allen umschwärmte Sängerin; er, ein schüchterner Aussenseiter. Ironischerweise erhält Emil erst eine Chance, als Larissa ums Leben kommt: Er gibt sich als ihr Freund aus. Endlich bekommt er die Anerkennung, die er immer suchte. Und erst noch eine Art Ersatz-Familie. Eigentlich wäre nun alles gut. Wenn Emil sich nicht verlieben würde – und zwar ausgerechnet in Larissas Schwester, die natürlich auf keinen Fall die Wahrheit erfahren darf ...



Otopia, 18.30/21 Uhr, Braschlergasse 10

## 25.05. KINO: THE KITE RUNNER

Film von Marc Forster  
USA 2007

E/d, 122 Minuten



Die Drachen am Himmel Afghanistans markieren Erinnerungen an die Vergangenheit. Die Geschichte beginnt im friedlichen Kabul der frühen 70er Jahre und mit den beiden unzertrennlichen Freunden Amir und

Hassan. Doch dann lässt Amir seinen Freund in einer schweren Notlage im Stich, was den Beginn vom Ende ihrer Freundschaft bedeutet. Als die russische Armee in Afghanistan einmarschiert, trennen sich die Wege der beiden Kinder. Amir wächst in Amerika auf und Hassan in einem Land, das in Bürgerkriegen, Besetzung und in der Schreckensherrschaft der Taliban versinkt. Nach 20 Jahren in Amerika führt ein Telefonanruf Amir zurück in seine Heimat und er macht sich auf die gefährliche Reise durch eine fremde, zerrissene Welt, um Hassans Sohn aus den Händen der Taliban zu retten. Regie Marc Forster («Monster's Ball», «Stranger than Fiction») erweckt Khaled Hosseinis gefeierten Bestseller «Drachenläufer» zu bewegendem Leinwandleben – die dramatische Rückkehr eines Mannes in seine gleichsam vertraute wie fremde Heimat.

Otopia, 18.30/21.15 h, Braschlergasse 10

## 30.05. JAZZ: NEUROMODULATOR

«Instant Composing»

Mit: Christoph Graf sax, hacked toys, Ephrem Lüchinger key, Marius Peyer drum, Eric Hunziker guit, stomp boxes

Seit bald acht Jahren ist die Band Neuromodulator unterwegs, die Hörgewohnheiten des Publikums zu unterwandern. Die vier Zürcher Musiker betreiben seit ihren Anfängen ein „Instant Composing“, d.h. der überwiegende Teil der Musik wird an Ort und Stelle komponiert und improvisiert. So vermischen sich Einflüsse aus der aktuellen Clubmusik, der Avantgarde, Rock, Ethno und Jazz zu einer neuen Einheit. Zentrales Gestaltungsmittel von Neuromodulator ist die elektronische Klangerzeugung und -bearbeitung. Auf ihrer neuen CD „N“ zeigt sich die Band auch von einer bisher ungehörten Seite: Minimalistische Strukturen wechseln sich ab mit mysteriösen Klanglandschaften und verspielt polyrhythmischen Grooves.

Eintritt: 25.- / 15.-

Jazzclub im Musikcontainer, 20.30 Uhr

## 01.06. KINO: DEATH AT A FUNERAL

Ein Film von Frank Oz  
GB/USA 2007

E d/f 90 Minuten

Es gibt gute und schlechte Tage. Heute ist die Beerdigung seines Vaters und für Daniel ist es ein ausserordentlich schlechter Tag – besonders als er feststellen muss, dass der Leichnam im Sarg gar nicht sein Vater ist. Kaum ist dieser kleine «Fehltritt»

beobachtet, machen sich die nächsten Probleme bemerkbar: Onkel Alfie wartet seit Stunden vor dem Altersheim auf seine Abholung. Daniels verschwenderischer Bruder Robert verweigert sich, die Hälfte der Beerdigungskosten zu übernehmen. Und Daniels Cousine Martha bringt ihren Verlobten Siomon mit, der davon überzeugt ist, Stimmen aus dem Sarg zu hören. Es liegt nun an Daniel, die Beerdigung vor dem totalen Chaos zu bewahren und seinem Vater einen würdevollen Abschied zu ermöglichen – auch wenn er dazu über Leichen gehen muss.

Otopia, 18.30/21 h, Braschlergasse 10

## 08.06. MIO FRATELLO E FIGLIO UNICO

Ein Film von Daniele Luchetti  
Italien/Frankreich 2007

l d/f 105 Minuten

Zwei ungleiche Brüder, ein charismatischer Beau und ein geborener Rebell, balgen sich mit konträren politischen Posen um eine Frau.



Das leidenschaftliche Auf und Ab dieser Hassliebe zweier Brüder umspannt zwei bewegte Jahrzehnte italienischer Geschichte, die 60er und 70er Jahre, untermalt von einem ironisch gebrochenen Soundtrack made in Italy. Gleich fünf Donatellos sahnte der Film bei den italienischen Oscars ab, allen voran der umwerfende Hauptdarsteller Elio Germano als das titelgebende trotzige «Einzelkind» und eine grossartige Angela Finocchiaro als herbe Mamma.

Otopia, 18.30/21 h, Braschlergasse 10

INSERATE

ERNESTO W. VOEGELI

# FOTOGRAFIE

AATHALSTRASSE 85A, CH-8610-USTER  
TEL.044 940 69 17, MOBIL 079 233 99 00



Bioladen

## Apfelbaum

Zentralstrasse 18, Uster

**Aktionen, News, Degus...**  
jetzt wöchentlich Newsletter  
bestellen:

newsletter@oepfelbaum-uster.ch

Öffnungszeiten:

Mo-Fr 9.00 - 12.15 14 - 18.30  
Sa 9.00 - 16.00

Diskutieren Sie mit – im Internet: [splog.sp-uster.ch](http://splog.sp-uster.ch)

Il sistema fiscale svizzero si caratterizza per la sua grande diversità. Le imposte sono, infatti, percepite da tre livelli politici.

# Un sistema innanzitutto federalista

**In numerosi paesi, il cittadino paga le sue imposte allo Stato, che s'incarica in seguito di ripartire i proventi tra le diverse collettività pubbliche: province, comuni, regioni. In Svizzera il sistema è diverso. Le imposte sono percepite da tre livelli politici: lo Stato federale (Confederazione), i 26 cantoni e i circa 2'800 comuni.**

Fiscalità diretta e indiretta

La spiegazione di questa situazione è da ricercare nella storia. Prima della creazione dello Stato federale, nel 1848, ogni cantone disponeva del proprio sistema fiscale. Alcuni privilegiavano la fiscalità indiretta, altri preferivano tassare la sostanza e/o il reddito.

Nel 1848, la sovranità doganale è interamente passata nelle mani del neo costituito Stato Federale. Ai cantoni non era allora più possibile alimentare le loro casse tramite la fiscalità indiretta (dazi doganali, pedaggi etc.). Sono così stati obbligati ad aumentare o ad introdurre l'imposizione della sostanza e del reddito.

Durante tutto il 19. secolo lo Stato federale ha incassato i proventi dei dazi doganali, mentre i can-

toni e i comuni si finanziavano attraverso la fiscalità diretta. Il numero sempre crescente di compiti assunti dallo Stato federale, ha spinto la Confederazione a cercare nuove fonti. Sono state così create delle nuove tasse indirette (tassa sul

tabacco), ha pure iniziato a percepire un'imposta diretta a partire dal 1941: l'imposta per la difesa nazionale, chiamata anche imposta federale diretta (IFD) dal 1982.

Nonostante l'introduzione di questa IFD, la situazione non è fundamentalmente cambiata. Ancora oggi, la maggior parte delle entrate dello Stato federale è legata alla fiscalità indiretta, mentre l'essenziale della fiscalità diretta va ai comuni e ai cantoni.

Imposte differenti

Il secondo punto che colpisce è l'aspetto diversificato del diritto fiscale svizzero. In effetti, solamente le imposte prelevate dalla Confederazione sono uniformi sull'insieme del paese.

Per il resto, ognuno dei 26 cantoni dispone del proprio diritto fiscale. In principio sono liberi di scegliere il proprio regime.

Anche i circa 2'800 comuni del paese godono di un'ampia autonomia fiscale nel quadro dei rispettivi cantoni. Ancora una volta, il montante dei contributi può variare a dipendenza del luogo di domicilio.

(Swissinfo)

## LE PRINCIPALI IMPOSTE FEDERALI

Imposta federale diretta  
Imposta sul valore aggiunto (IVA)  
Imposta preventiva  
Imposta sulle case da gioco  
Imposta sugli oli minerali  
Imposta sul tabacco  
Imposta sulle bevande distillate  
Dazi doganali

## ESEMPIO D'IMPOSTE CANTONALI E/O COMUNALI

Imposta sul reddito e sulla sostanza  
Imposta sulle successioni e le donazioni  
Imposta sull'utile e il capitale  
Imposta sugli utili da sostanza immobiliare  
Imposta sui cani  
Imposta sui veicoli a motori

## GLI INTROITI DEI POTERI PUBBLICI SVIZZERI (2003)

Confederazione circa 43 miliardi di franchi  
Cantoni: ca. 30 miliardi  
Comuni: ca. 20 miliardi

Promuovere l'apprendimento della lingua locale è necessario per favorire l'integrazione degli immigrati.

# Integrazione: non basta imparare la lingua

(fc) Tale affermazione trova ovviamente tutti d'accordo: i politici, i datori di lavoro, gli insegnanti, la popolazione locale e i migranti stessi, che sanno bene quanto sia importante, per inserirsi in un nuovo paese, la capacità di capire e di comunicare con gli altri. **Tuttavia, imparare la lingua locale non vuol dire per forza essere "integrati".** Altri problemi, come la disoccupazione, la discriminazione, l'insicurezza del permesso di soggiorno o la mancanza di contatti al di fuori del posto di lavoro, possono ostacolare l'inserimento.

Dopo che per decenni la Svizzera ha trascurato questo tema, oggi tende ad attribuire agli immigrati e ai loro figli la responsabilità per le conseguenze negative di una mal riuscita integrazione. Se sono disoccupati, se vanno male a scuola è in fondo colpa loro e ci si dimentica che certe norme di accesso al mercato del lavoro o certe strutture

dei sistemi scolastici per anni non hanno certo contribuito a garantire pari opportunità.

Proprio perché l'integrazione è avvertita come urgente, essa appare sempre più spesso nelle legislazioni nazionali. Austria, Germania e Svizzera, come altri paesi europei, hanno emanato negli ultimi anni delle nuove leggi, riguardanti l'immigrazione e il soggiorno degli stranieri, che per la prima volta contengono un capitolo relativo all'integrazione.

Certamente è molto positivo che gli Stati si accorgano del fatto che l'integrazione sia un compito spettante alla politica. Nei preamboli delle leggi, essa è definita come un processo a lungo termine che coinvolge tutti: **autoctoni, stranieri, governi, società civile, mass media, scuola, economia e tutti i servizi sociali.**

Gli esperti d'educazione linguistica e di integrazione sottolineano a questo proposito che l'apprendimento di una nuova lingua risulta di norma proficuo solo quando non comporta la perdita di quella materna, che costituisce un elemento fondamentale dell'identità delle persone. Gli immigrati non pot-

ranno che essere sempre persone plurilingui. Puntare, dunque, solo sull'acquisizione della lingua locale, senza la promozione di quella materna, vuol dire rischiare di non raggiungere l'obiettivo e di buttar via anche un grande potenziale. Vi è un paradosso infatti: ci si lamenta del fatto che il cittadino medio non parli abbastanza le lingue straniere e si finanziano costosi programmi di formazione linguistica, mentre non si investe nel bilinguismo che esiste già tra i migranti e i loro figli.



## FORUM Redazione:

Valerio Modolo, Carmela Damante,  
Fernando Carbone, Claudio Marseglia,  
Italo Conte, Letizia Fiorenza

CLI, Postfach 369, 8610 Uster

## Ascoltare per capire

Continua da pagina 1

oggi nel 92% delle loro stanze c'è un pc sempre acceso, navigano abitualmente in internet, guardano la TV e tutti possiedono un cellulare.

Chattano in rete, smanettono con gli sms usando un lessico sincopato e abbreviato che è diventata una vera e propria lingua.

Per l'adolescente, l'identità con il gruppo è fondamentale, se viene a mancare questo, nascono problemi, frustrazioni e disagi. L'abitudine di bere bevande alcoliche (in primis la birra) è in costante aumento. Molti rischi sono rappresentati dal loro nuovo modo di vivere: internet ha aperto nuove strade di conoscenza e informazione, ma l'abuso del web, porta alla dipendenza, alla solitudine e a una sedentarietà, che unita al consumo massiccio di televisione, fa dilagare l'obesità tra i ragazzi. Da qui il disagio e una fragilità psicologica che porta a stati depressivi che degenerano spesso in episodi di bulimismo.

Essere genitori oggi non è facile: sono cambiate le regole e le mode, c'è molta difficoltà di adattamento al nuovo modo di vivere dei giovani. Nel ruolo dei compiti è difficile trovare una via di mezzo che soddisfi entrambi. È importante uno spazio di ascolto e di conoscenza con i propri figli. Spesso sentiamo dire: "Io conosco bene mio figlio!" ma è proprio così? La fiducia è basilare, solo così si può stabilire insieme quali siano le regole da rispettare.

I giovani come gli adulti, hanno bisogno di progetti concreti, coerenti ma, hanno bisogno anche di mezzi per realizzarli, in modo da dare loro quella sicurezza e responsabilità per sentirsi parte integrante di questa società.

La scuola ha un ruolo importante per informare e educare, truttrice di uno sviluppo psicofisico finalizzato ad accrescere la propria autonomia, ma tutto ciò deve avvalersi della collaborazione e dell'aiuto delle famiglie. Il dialogo e non il chiudersi ognuno nei propri silenzi, rimane sempre la soluzione di ogni problema.

Impariamo quindi a tenderci la mano, genitori e figli e a camminare di nuovo insieme. Solo così potremo avere ancora la speranza di guardare al domani con più certezze e fiducia.

## Tre temi in votazione a livello nazionale il 1° giugno 2008

Continua da pagina 1

nominato "Per più qualità ed economia nell'assicurazione malattie". Si tratta di un controprogetto per combattere l'iniziativa popolare dell'Unione Democratica di Centro, intitolata "Sì al ribasso dei premi delle casse malati nell'assicurazione di base". La stessa UDC ha approvato il controprogetto e ritirato l'iniziativa.

Il comitato "No al diktat delle casse malati" che riunisce varie organizzazioni di medici, farmacisti, pazienti e consumatori, ha lanciato la campagna contro l'approvazione del nuovo articolo costituzionale. Secondo il comitato, questo progetto non è equilibrato, è stato elaborato troppo in fretta e contiene delle disposizioni inutili ed ingannevoli ed è un pericolo per lo smantellamento del sistema sanitario. A seconda della sua interpretazione, l'articolo potrebbe portare ad una

soppressione dell'attuale obbligo contrattuale che lega assicuratori malattia e fornitori di prestazioni. L'articolo costituzionale sarà sottoposto a votazione popolare il prossimo 1° giugno. Il governo sostiene questo controprogetto senza mostrare però molto entusiasmo.

### Iniziativa popolare: "Per naturalizzazioni democratiche"

L'iniziativa presentata sotto forma di progetto elaborato, prevede che i Comuni debbano poter decidere autonomamente quale organo sia autorizzato a concedere la cittadinanza comunale; la decisione sulla naturalizzazione emanata da tale organo competente, è definitiva, ovvero non soggiace a verifica da parte di un'altra autorità.

In alcuni comuni della Svizzera tedesca, per diversi anni sono stati i cittadini ad esprimersi sulle domande di naturalizzazione. Questa

procedura ha suscitato numerose critiche, difatti in molti casi chi aveva un cognome d'origine balcanica, si vedeva sistematicamente rifiutare la richiesta. Nel luglio del 2003, il Tribunale Federale (la Corte suprema svizzera) ha stabilito che questa pratica è anticostituzionale, poiché viola il divieto di discriminazione e non rispetta l'obbligo di motivare un rifiuto. Contro questa sentenza l'UDC (Unione democratica di Centro) ha lanciato un'iniziativa denominata "Per naturalizzazioni democratiche" che sarà posta in votazione il prossimo 1° giugno. I due rami del parlamento hanno bocciato l'iniziativa, mentre il Consiglio Federale raccomanda di respingerla.

Questi in sintesi i temi in votazione, il primo di giugno, le ultime due come si può notare, usano slogan che potrebbero trarre in inganno, per questo è auspicabile che vengano respinte.

## COSTITUZIONE

ART. 1

LA SOVRANITA'  
APPARTIENE  
AL POPOLO.

COMMA 1

FINO ALLA  
CHIUSURA  
DELLE URNE.



# La Colonia Libera Italiana Uster si rinnova per l'anno sociale 2008

Anche questo anno sociale la CLI si rinnova con iniziative e nuove idee grazie al nuovo consiglio.

Italo Conte

I membri del consiglio e cariche sono i seguenti:

**Valerio Modolo** Presidente  
**Michele Tascione** Vice Presidente  
**Fernando Carbone** Segretario  
**Vincenzo Sciuillo** Cassiere  
**Claudio Marseglia** Verbalista  
**Italo Conte** ECAP, Forum  
**Natalina Conte** Rapporti politiche / sociali

**Carmela Damante** Forum  
**Fiorenza Letizia** responsabile Forum  
**Giovanni Cammarota** responsabile feste  
**Angelo Le Donne** responsabile spedizioni e varie

Il direttivo si assume l'impegno di portare avanti le cariche e attività sociali per la comunità italiana residente a Uster e dintorni.

Oltre a queste attività la CLI si impegna per portare avanti con ricerche e accertamenti in collaborazione con l'istituto INCA pratiche Pensionistiche, Versamenti Volontari, ricerca contributi INPS e controllo contributi AVS.

Durante il periodo Febbraio a fine Marzo si impegna a riempire la dichiarazione dei redditi,

in gran parte per i soci ma anche per non soci con una modesta quota.

La CLI fa parte a livello locale e comunale con l'ufficio integrazione di cui vengono fatte delle riunioni durante tutto l'arco dell'anno e se ne prende atto delle problematiche dei nostri connazionali.

Un grande impegno maggioritario della CLI e quello di collaborare con l'ECAP un ente per la formazione professionale, che svolge un ruolo molto importante per coloro che hanno un particolare interesse di continuare a migliorare una qualificazione professionale, offrendo corsi per informatica e lingue straniere nella medesima città.

Sud -Torna l'emigrazione verso il Nord e i Paesi europei

## L'Italia è tornata ad essere una terra d'emigranti

(fc) Lo dicono i dati dell'Anagrafe residenti all'estero, presentato recentemente a Roma. Più della metà dei cittadini italiani attualmente residenti all'estero è d'origine meridionale, ma anche le regioni del Nord (29,8%) e del Centro (14,5%) non possono considerarsi non coinvolte nel fenomeno. Tra le Regioni ad alto tasso



d'emigrazione, spicca la Sicilia, con circa 600 mila iscritti all'Anagrafe dei residenti all'estero. Addirittura ci sarebbero persino comuni siciliani dove gli emigrati superano i residenti. E' il caso del comune di Villarosa, in provincia di Enna, con 5447 emigrati contro 5441 residenti. Le mete più gettonate dei migranti meridionali restano quelle classiche: Germania, al primo posto, seguita da Svizzera, Belgio e Francia.

L'età di chi abbandona, ancora oggi, la propria terra d'origine, in cerca di un futuro migliore, è compresa tra i 20 ed i 65 anni, quindi una popolazione relativamente giovane che fa evidenziare una netta ripresa del fenomeno migratorio in corrispondenza delle profonde e radicali trasformazioni economiche che hanno interessato l'Italia negli ultimi anni.

Nel 2007 i cittadini italiani emigrati all'estero

hanno raggiunto quota 3.568.532, mezzo milione in più rispetto al 2006. Il futuro, dunque, si presenta identico al passato, simile a quello dei nostri nonni e padri che con la valigia di cartone e pochi mezzi andavano in cerca di fortuna. Oggi, magari, la valigia sarà di pelle, dentro ci saranno pure riposti una bella laurea e un PC portatile, ma la musica non cambia: si fugge via dalla propria terra per vivere.

## Tre temi in votazione a livello nazionale il 1° giugno 2008

**Tre temi importanti che riguardano aspetti dell'informazione, l'eterno tema delle casse malati e il concetto di democrazia per ciò che riguarda la naturalizzazione degli stranieri.**

Valerio Modolo

**Iniziativa popolare: „Sovranità del popolo senza propaganda di governo »**

Il testo dell'iniziativa popolare prevede che il Consiglio Federale, i quadri superiori dell'amministrazione e gli uffici federali, si astengano da qualsiasi attività informativa e di propaganda, in-

oltre non debbano fare dichiarazioni ai media e partecipare a manifestazioni informative sulle votazioni.

La confederazione si astiene dal finanziare campagne di informazione e propaganda sulla votazione, come pure dalla produzione o dal finanziamento di materiale informativo e di propaganda, ad eccezione dell'opuscolo informativo obiettivo contenente le spiegazioni del Consiglio Federale..

Secondo il Consiglio Federale, accettare l'iniziativa significherebbe limitare notevolmente l'attività informativa del Consiglio Federale e dell'amministrazione durante le campagne che precedono le votazioni. Il Consiglio Federale non

potrebbe intervenire su in formazioni false o fuorvianti fatte da privati e non potrebbe informare l'elettorato in modo adeguato ed obiettivo su eventuali ripercussioni a livello nazionale. Per queste ed altre motivazioni il Consiglio Federale propone di respingere l'iniziativa senza opporre un controprogetto.

**Nuovo articolo costituzionale: "Per più qualità ed economia nell'assicurazione malattia".**

Nel dicembre scorso il Parlamento svizzero ha approvato un nuovo articolo costituzionale, de

*Continua a pagina 2*

## Problematiche dei migranti

**Nelle varie pubblicazioni che trattano le problematiche dei migranti, ho trovato un'interessante intervista di un importante esponente del "Forum mondiale sulle migrazioni e lo sviluppo" fondato nel 2006 su mandato del segretario generale dell'ONU. In questa si annunciano importanti cambiamenti di rotta nella gestione futura del fenomeno.**

Claudio Marseglia

Le agenzie preposte allo sviluppo dei paesi del terzo mondo si sono impegnate affinché una politica commerciale più coerente, mirante ad abbattere i dazi doganali che frenano l'importazione dei prodotti provenienti dal terzo mondo, porti alla creazione di posti di lavoro, che unita ad una lotta alla corruzione, dia una maggiore stabilità politica e che serva, quindi, da volano per uno sviluppo, oltre che economico, democratico.

Tra gli aspetti positivi che un'emigrazione organizzata può avere

sulle economie dei paesi in via di sviluppo possiamo annoverare le rimesse degli emigrati (chi può ignorare cosa hanno rappresentato per l'economia italiana le rimesse degli espatriati negli anni '60?), a patto che nei paesi destinatari si creino le condizioni affinché queste enormi somme di denaro servano a far progredire l'economia. D'altro canto, le economie dei paesi industrializzati hanno, sempre più, bisogno di manodopera specializzata creando così una fuga di cervelli con conseguenze facilmente immaginabili nei paesi d'origine (solo nella città di Manchester il numero dei medici originari del Malawi è superiore a quelli rimasti nel Malawi stesso).

Tutto questo non servirà a nulla, aggiungo io, se non s'impedirà che i conflitti armati che, periodicamente sconvolgono l'Africa, portino morte e distruzione nel continente, oltre a comportare la spesa, in quindici anni, di 353 miliardi di franchi (l'ammontare di tutti gli aiuti internazionali all'Africa nello stesso periodo).



## Ascoltare per capire

**Nell'ultimo dato pubblicato dall'Ufficio Federale di Statistica in Svizzera, risulta che ogni giorno 5 giovani tra i 10 e i 15 anni, finiscono in ospedale per abuso di bevande alcoliche.**

Carmela Damante

La Svizzera, uno dei paesi più ricchi del pianeta, al riparo della povertà materiale, conta un tasso di suicidi giovanili, dai 15 ai 24 anni, molto

elevato. Si calcola una media di 1500 decessi l'anno!

Manifestazioni, queste, di un estremo malessere sociale, l'atto conclusivo di un percorso di vita di disagio e di sofferenza.

Ma chi sono i giovani oggi? Sicuramente sono la prima generazione veramente high-tech, ovvero, tecnologica; dieci anni fa infatti, solo uno su due possedeva un computer,

*Continua a pagina 2*